

## Pressespiegel 2020

### Press Documentation 2020

Berichterstattung  
NOVOMATIC

Erstellt von  
Prepared by

Datum  
Date

**Konzernkommunikation**

28.09.2020 / KW 39

„APA“, 28.09.2020

## **Grüne zu U-Ausschuss: “Welchen Masterplan hatte Glücksspielindustrie für die Politik?”**

**Utl.: Tomaselli und Stögmüller geben Ausblick auf die kommenden Befragungstage**

Wien (OTS) - Der Ibiza-Untersuchungsausschuss ist auch ein Glücksspiel-Ausschuss. Nach mehreren Wodka-Redbull schilderte HC Strache auf Ibiza bildhaft das Verhältnis zwischen Politik und Glücksspiel. Er ließ tief blicken.

Bei den kommenden Befragungstagen am Dienstag und Mittwoch dreht sich daher alles ums Glücksspiel. “Wir beleuchten das Verhältnis zwischen Glücksspiel und Politik, das zur Zeiten der türkis-blauen Bundesregierung ein sehr inniges geworden ist”, erklärt Nina Tomaselli, Fraktionsführerin der Grünen im U-Ausschuss.

“Die Novomatic hat ihre Beziehungen in die Politik durch Spenden, Sponsoring und Lobbying dermaßen vertieft, dass wir uns mittlerweile fragen, welchen Masterplan die Novomatic für die Politik hatte und nicht umgekehrt”, so Tomaselli.

Genauer werde man sich die Entstehung und plötzlichen Rückzug der ersten Glücksspielnovelle ansehen. Der Grüne Abgeordnete David Stögmüller skizziert die wichtigsten Fragen: “Wer hat da für wen interveniert? Wer wären die Nutznießer der neuen Regelung gewesen? Und warum wissen wir bis heute nicht, aus welchem Grund die erste Novelle urplötzlich zurückgezogen worden ist?”

Zur Erinnerung: Der Entwurf zur Novelle ging am 26. Februar 2018 in Begutachtung, am 1. März 2018 hieß es, dass der Entwurf gegenstandslos sei.

Eine zweite türkis-blaue Glücksspielnovelle war bereits auf dem Weg, wurde durch das Platzen der Bundesregierung allerdings verworfen. “Auch diese zweite Novelle hatte es in sich. Da wurde offenbar solange interveniert, bis das Wort ‘SpielerInnenschutz’ im Projektantrag gar nicht mehr vorgekommen ist”, verrät Tomaselli.

Erneut gehe es im U-Ausschuss um Parallelsysteme, in denen Politik vorbei an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger gemacht wird. “Das System Glücksspiel nährt sich aus gescheiterten Existenzen, aus der Sucht von Menschen. Wer davon profitiert, und wie die Politik das Glücksspiel zur Zeit der türkis-blauen Bundesregierung unterstützt hat, dem gehen wir in den kommenden Tagen intensiv nach”, sagt Tomaselli.



# U-Ausschuss: Nächste Woche wird's dreckig

## Ex-Fußballer Barthold als dubioser ›Kronzeuge‹ geladen

**Ibiza-Skandal.** Statt endlich zu den Hintermännern des Ibiza-Videos zu kommen, das Video in voller Länge zu sehen und die Parteispenden an FPÖ-nahe Vereine aufzudecken, verzettelt sich der Ibiza-U-Ausschuss in der nächsten Woche mit zum Teil völlig unbedeutenden und zum Teil höchst dubiosen Zeugen.

Im Mittelpunkt der U-Ausschuss-Woche steht kommenden Mittwoch eine der dubiossten Figuren der Glücksspiel-Szene, der ehemalige Fußball-Torwart Peter Barthold.

Barthold war einige Jahre nach seiner Fußball-Karriere Geschäftspartner der Novomatic, betrieb mehrere Wett- und Glücksspiel-Lokale und verdiente dabei Millionen. Allein als Ablöse für seine Lokale soll er 2,5 Millionen kassiert haben.

Danach schlitterte Barthold freilich in ein menschliches Drama, dürfte seine Millionen verspielt haben und ist mittlerweile nicht nur pleite, sondern auch in Privat-Konkurs.

Seither verfolgt er seinen Ex-Partner Novomatic als eine Art „Münchhausen der Glücksspiel-szene“ mit zum Teil spannend klingenden Vorwürfen, die sich freilich alle-

samt als unwahr herausgestellt haben. Mal will er an Politiker – etwa an Peter Westenthaler – Bargeld übergeben haben, dann will er „Geheimabkommen“ kennen.

Alle von ihm in Medien lancierten Vorwürfe mussten freilich – etwa in „NEWS“ – widerrufen werden. Und die fast ein Dutzend Klagen gegen Novomatic, die Barthold serienweise eingebracht hat und in denen er bis zu 750.000 Euro „erpökern“ wollte, wurden allesamt rechtskräftig abgewiesen. Sogar die Wirtschafts- und Korruptions-Staatsanwaltschaft, die sonst gegen die Novomatic mit aller Härte vorgeht, stufte Barthold als „unglaublich“ ein und äußerte den Verdacht, dass der Ex-Fußballer und Ex-Glücksritter mit diesen „unwahren Behauptungen“ von der Novomatic Geld erpressen wollte.

Die Neos-Abgeordnete Stephanie Krisper (legendarer U-Ausschuss-Sager: „Des geht ma am Oasch“) freilich ist seit Jahren mit Barthold eng verknüpft und führt ihn nun am Mittwoch als „Kronzeugen“ gegen Novomatic im Ibiza-U-Ausschuss. Krisper will vom „Glücksspiel-Münchhausen“ erfahren, was er alles über die Novomatic und die Casinos weiß. Das



Neos-Abgeordnete Krisper befragt Barthold zu Novomatic.

führt schon vor Bartholds Auftritt zu einem gehörigen Skandal. Die Novomatic ist empört, dass ein „Erpresser“, der mit allen Klagen gegen sie rechtskräftig gescheitert ist und der sich in Privat-Insolvenz befindet, gegen sie im Parlament aussagen soll. Sie droht mit jeder Menge Klagen, sollte Barthold seine vor Gericht schon widerlegten Anschuldigungen vor dem Ausschuss wiederholen.

Auch Krisper, die diesen dubiosen Zeugen vorgeschlagen hat, gerät unter Druck. Der in Sachen Ibiza-Video üblicherweise bestens informierte Aufdecker Gert Schmidt stellt auf seiner Seite „spieler-info.at“ bereits in den Raum, dass die Neos von Barthold-Hintermännern Parteienfinanzierung erhalten könnten.

Es wird also nächste Woche äußerst dreckig im U-Ausschuss. Leicht möglich, dass Stephanie Krisper wieder ein herzhaftes „Das geht ma am Oasch“ entwischt ...

„Tiroler Tageszeitung“, 27.09.2020

## Mutmaßlicher Gesetzeskauf auf der U-Ausschuss-Agenda

Kommende Woche beschäftigen sich die Mandatäre mit der Casinos-Affäre. Novomatic-Manager Alexander Legat ist geladen.

Wien-Kommende Woche stehen im parlamentarischen Ibiza-Untersuchungsausschuss der Casinos-Komplex und der mutmaßliche Gesetzeskauf im Glücksspielbereich im Mittelpunkt. An den Befragungstagen Dienstag und Mittwoch sind etwa der Novomatic-Manager Alexander Legat, Novomatic-Aufsichtsratsvorsitzender Bernd Oswald und mit Peter Barthold ein ehemaliger Geschäftspartner des Glücksspielkonzerns vor das Polit-Prüfungsgremium geladen.

Die zentrale Frage, der die Abgeordneten nachgehen werden, ist jene, ob der Glücksspielkonzern Novomatic Einfluss auf die Gesetzgebung unter der türkis-blauen Regierung nehmen wollte oder konnte. Es geht etwa um den Vorwurf, die FPÖ habe der Novomatic vorteilhafte Glücksspielgesetze versprochen. Im Gegenzug habe der Glücksspielkonzern die Bestellung von FPÖ-Mann Peter Sidlo zum Fi-

nanzvorstand der Casinos Austria unterstützt.

Auch die Zuständigkeiten und Abläufe im Finanzministerium werden auf der Agenda sein. Es soll unter anderem eruiert werden, inwieweit der damals für das Glücksspiel zuständige Staatssekretär im Finanzressort, Hubert Fuchs (FPÖ), auf Gesetzesentwürfe Einfluss nehmen konnte, Zugriff auf Beamte hatte bzw. wie die Abläufe bei Gesetzesentwürfen im Zusammenhang mit der Glücksspielbranche waren.

Zur Klärung sind beispielsweise ein hochrangiger Beamter aus dem Finanzministerium und eine Kabinettsmitarbeiterin des damaligen ÖVP Finanzministers Hartwig Löger geladen. Der Beamte ist am Dienstag als Erster dran, die Mitarbeiterin ist dritte Auskunftsperson.

Mittendrin kommt der Leiter der Rechtsabteilung, Alexander Legat, zu

Wort. Statt seiner war ursprünglich Novomatic-Manager Alexander Merwald vorgesehen, der bereits Mitte Juni geladen war. Weil er Ex-Minister Dieter Böhmdorfer (FPÖ) als Vertrauensperson bei sich hatte, lehnten ihn die Ausschuss-Mandatäre aber ab. Böhmdorfer könnte nämlich eine Auskunftsperson sein. Merwalds Befragung soll zu einem späteren Termin nachgeholt werden.

Den Auftakt am Mittwoch macht Peter Barthold, ehemaliger Geschäftspartner der Novomatic. Der frühere Rapid-Tormann und spätere Glücksspielbetreiber war von 2016 bis 2019 in einen Rechtsstreit mit dem Glücksspielkonzern verwickelt. Nach ihm kommt der Novomatic-Aufsichtsratsvorsitzende Oswald, dann Stefan Krenn, Leiter Public Affairs. (APA, TT)

„APA“, 26.09.2020

## **U-Ausschuss - Kommende Woche dreht sich alles ums Glücksspiel**

**Utl.: Novomatic-Manager und -Aufsichtsrat, ehemaliger Novomatic-Geschäftspartner sowie Beamter des Finanzministeriums und ehemalige Mitarbeiterin Lögers geladen**

Wien (APA) - Kommende Woche steht im Ibiza-U-Ausschuss der Casinos-Komplex und der mutmaßliche Gesetzeskauf im Glücksspielbereich im Mittelpunkt. An den Befragungstagen Dienstag und Mittwoch sind etwa Novomatic-Manager Alexander Legat, -Aufsichtsratsvorsitzender Bernd Oswald und mit Peter Barthold ein ehemaliger Geschäftspartner des Glücksspielkonzerns geladen.

Die zentrale Frage, der die Abgeordneten kommende Woche nachgehen werden, ist jene, ob der Glücksspielkonzern Novomatic Einfluss auf die Gesetzgebung unter der türkis-blauen Regierung nehmen wollte oder konnte. Im Zentrum steht dabei etwa der Vorwurf, wonach die FPÖ der Novomatic vorteilhafte Glücksspielgesetze versprochen und im Gegenzug der Glücksspielkonzern die Bestellung von FPÖ-Mann Peter Sidlo zum Finanzvorstand der Casinos Austria unterstützt habe.

Aber auch die Zuständigkeiten und Abläufe im Finanzministerium werden an den Befragungstagen Thema sein. Unter anderem die Frage, inwieweit der für das Glücksspiel zuständige Staatssekretär im Finanzministerium, Hubert Fuchs (FPÖ), auf Gesetzesentwürfe Einfluss nehmen konnte bzw. überhaupt Zugriff auf Beamte hatte, bzw. wie die Abläufe bei Gesetzesentwürfen im Zusammenhang mit der Glücksspielbranche gestaltet waren. Zur Klärung ist dafür beispielsweise ein hochrangiger Beamter aus dem Finanzministerium und eine Kabinettsmitarbeiterin des damaligen Finanzministers Hartwig Löger (ÖVP) geladen.

Die beiden werden am Dienstag als erste und dritte Auskunftsperson befragt. Mittendrin kommt der Leiter der Rechtsabteilung Alexander Legat zu Wort. Statt ihm war ursprünglich Novomatic-Manager Alexander Merwald vorgesehen, der bereits Mitte Juni geladen war. Weil er aber damals Ex-Minister Dieter Böhmdorfer (FPÖ) als Vertrauensperson mit sich hatte, wurde er von den Abgeordneten abgelehnt, da Böhmdorfer selbst eine potenzielle Auskunftsperson sein könnte. Merwalds Befragung, der kommenden Dienstag nicht erscheinen konnte, soll zu einem späteren Termin nachgeholt werden.

Den Auftakt am Mittwoch macht dann Peter Barthold, ehemaliger Geschäftspartner der Novomatic. Der frühere Rapid-Tormann und spätere Glücksspielbetreiber war von 2016 bis 2019 in einen Rechtsstreit mit dem Glücksspielkonzern verwickelt. Nach ihm kommt Novomatic-Aufsichtsratsvorsitzender Oswald und schließlich Stefan Krenn, Leiter Public Affairs.

„OÖN“, 25.09.2020

# Sportwetten: Pro Sekunde werden 63 Euro gesetzt

## Branche sichert in Österreich 3164 Vollzeitjobs

**LINZ.** Rund zwei Milliarden Euro werden in Österreich jedes Jahr auf Sportereignisse gewettet, Tendenz steigend. Die Branche sei ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor, sagte gestern der Linzer Ökonom Friedrich Schneider bei einem Pressegespräch in Linz. Anlass war eine Studie der Linzer Kepler-Universität, der Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung und des Linzer Market-Instituts im Auftrag der Wirtschaftskammer Oberösterreich.

Demnach sichere die Branche in Österreich 3164 Vollzeitarbeitsplätze und trage jährlich mit 382,9 Millionen Euro zum Bruttoinlandsprodukt bei. Der durchschnittliche Teilnehmer bei Sportwetten ist

männlich, jünger als 30, hat Migrationshintergrund und wettet online, sagte David Pfarrhofer, Institutsvorstand des Market-Instituts. Am höchsten im Kurs stehen Fußball, Tennis und Eishockey.

In Österreich sind 35 Sportwettenanbieter in zwei Verbänden aktiv. 20 Anbieter sind in Oberösterreich tätig. Corona traf auch die Sportwetten hart: Im Lockdown habe die Branche bis zu 80 Prozent Umsatzrückgänge hinnehmen müssen, sagte Jürgen Irsigler, Präsident des Österreichischen Sportwettenverbandes. Aufholbedarf sieht die Branche beim Image und der Rechtslage. Sportwetten sind in Österreich Ländersache, ein bundesweiter Rahmen fehlt. *(rom)*

„www.gamesundbusiness.de“, 25.09.2020

## Löwen: Bericht über nachhaltige Entwicklung



# Deutscher NACHHALTIGKEITS Kodex Berichtsjahr **2019**

**Die Löwen-Gruppe kommuniziert mit einem gruppenweiten Bericht (DNK-Entsprechenserklärung) ihre Beiträge für eine nachhaltige Entwicklung.**

Auch für das Jahr 2019 veröffentlicht die Löwen-Gruppe eine Entsprechenserklärung nach dem Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) – einem "anerkannten Rahmenwerk für die nicht-finanzielle Berichterstattung". Diesen gruppenweiten Bericht legt die Muttergesellschaft Löwen Entertainment nach eigenen Angaben bereits seit 2016 jährlich vor.

"Durch die Entsprechenserklärung nach dem DNK schaffen wir Transparenz. Diese ist Grundvoraussetzung für einen nachhaltigen Informationsaustausch mit unseren Stakeholdern", sagt Dr. Daniel Henzgen, Mitglied der Geschäftsleitung von Löwen Entertainment.

Der DNK wurde 2011 von der deutschen Bundesregierung ins Leben gerufen. Er dient der nicht-finanziellen Berichterstattung von Organisationen jeglicher Größe und Rechtsform. Ziel des DNK ist es, Unternehmen zu ermutigen, ihre Beiträge für eine nachhaltige Entwicklung öffentlich zu kommunizieren und zugleich einen Leitfaden für die Erreichung diverser internationaler Nachhaltigkeitsrichtlinien zu bieten.

Für eine DNK-Erklärung müssen Organisationen ihre Aktivitäten im Bereich der Nachhaltigkeit offenlegen. Zu den 20 Kriterien der Berichterstattung zählen unter anderem Strategie, Ressourcenmanagement, Chancengerechtigkeit und klimarelevante Emissionen.

„APA“, 24.09.2020

## Studie: Sportwetten sind wachsende Branche, leiden aber unter Image

**Jährlicher BIP-Effekt von durchschnittlich 382,9 Mio. Euro.**

**Wettanbieter wünschen keine Vermischung mit Glücksspiel.**

Sportwetten tragen rund 380 Mio. Euro jährlich zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei, haben aber in der Bevölkerung nicht das beste Image. Das ergaben – kurz zusammengefasst – eine Studie der JKU und des GAW (Gesellschaft für angewandte Wirtschaftsforschung) sowie eine Umfrage des market-Instituts. Es gelte nun, über Maßnahmen nachzudenken, wie Sportwetten in Zukunft positiver wahrgenommen werden, folgerte Jürgen Irsigler, Präsident des Österreichischen Sportwettenverbands.

Die Aktivitäten der Sportwettenbranche ergäben einen jährlichen BIP-Effekt von durchschnittlich 382,9 Mio. Euro, rechneten die GAW-Ökonomen Friedrich Schneider und Stefan Jenewein vor. Davon würden sich 40 Prozent auf die Branche und 60 Prozent auf andere Wirtschaftssektoren verteilen. Öffentliche Haushalte würden in Form von Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern in Höhe von 160,3 Mio. Euro jährlich profitieren, so die beiden Wissenschaftler am Donnerstag in einer Pressekonferenz der öö. Wirtschaftskammer in Linz. Die Sportwettenanbieter sicherten 3.164 Ganzjahresvollzeitarbeitsplätze quer durch alle Branchen. Dabei seien die Wetteinsätze in den vergangenen Jahren gestiegen, wobei die Effekte auch zeitverzögert einträfen und sich auch noch in späteren Jahren niederschlugen. David Pfarrhofer vom market-Institut präsentierte eine Imageanalyse der Sportwettenbranche mit 1.000 Teilnehmern aus der Bevölkerung, 300 Teilnehmern an Sportwetten und 220 relevanten Stakeholdern aus den Branchen Medien, Sport, Politik und Verwaltung. Als großen Unterschied strich er heraus, dass 56 Prozent der aktiven Tipper angaben, dass Sportwetten das Zuschauen von Sportübertragungen einfach interessanter machen – gegenüber 22 Prozent der Bevölkerung und 30 Prozent der Stakeholder.

Grundsätzlich wetten lediglich 3 Prozent der Bevölkerung auf Sportereignisse - durchschnittlich 22 Euro pro Einsatz -, allerdings verfolgen 28 Prozent solche im Fernsehen. Vor allem junge Männer sind am Thema interessiert, diese und Personen mit Migrationshintergrund fühlten sich darüber auch am besten informiert.

### **Junge Anhängerschaft**

Nun folgerte Pfarrhofer, dass den 28 Prozent Passivsportlern, die gern Sport im TV sehen, das Zuschauen mit Sportwetten noch schmackhafter gemacht werden könne. Es zeige sich, dass Sportwetten - dank der jungen Anhängerschaft - ein Zukunftsbereich seien, das Motiv seien Freude am Sport und das Aufpeppen des eigenen Sportunterhaltungsprogramms. Es brauche aber eine Korrektur beim Image.

Das Problem sei, dass die Begriffe "Sportwetten", "Glücksspiel", "Legalität" und "Illegalität" zu sehr vermengt würden, erklärte Jürgen Irsigler, Präsident des Österreichischen Sportwettenverbands. Dabei sei die Integrität des Sports ein zentrales Thema.

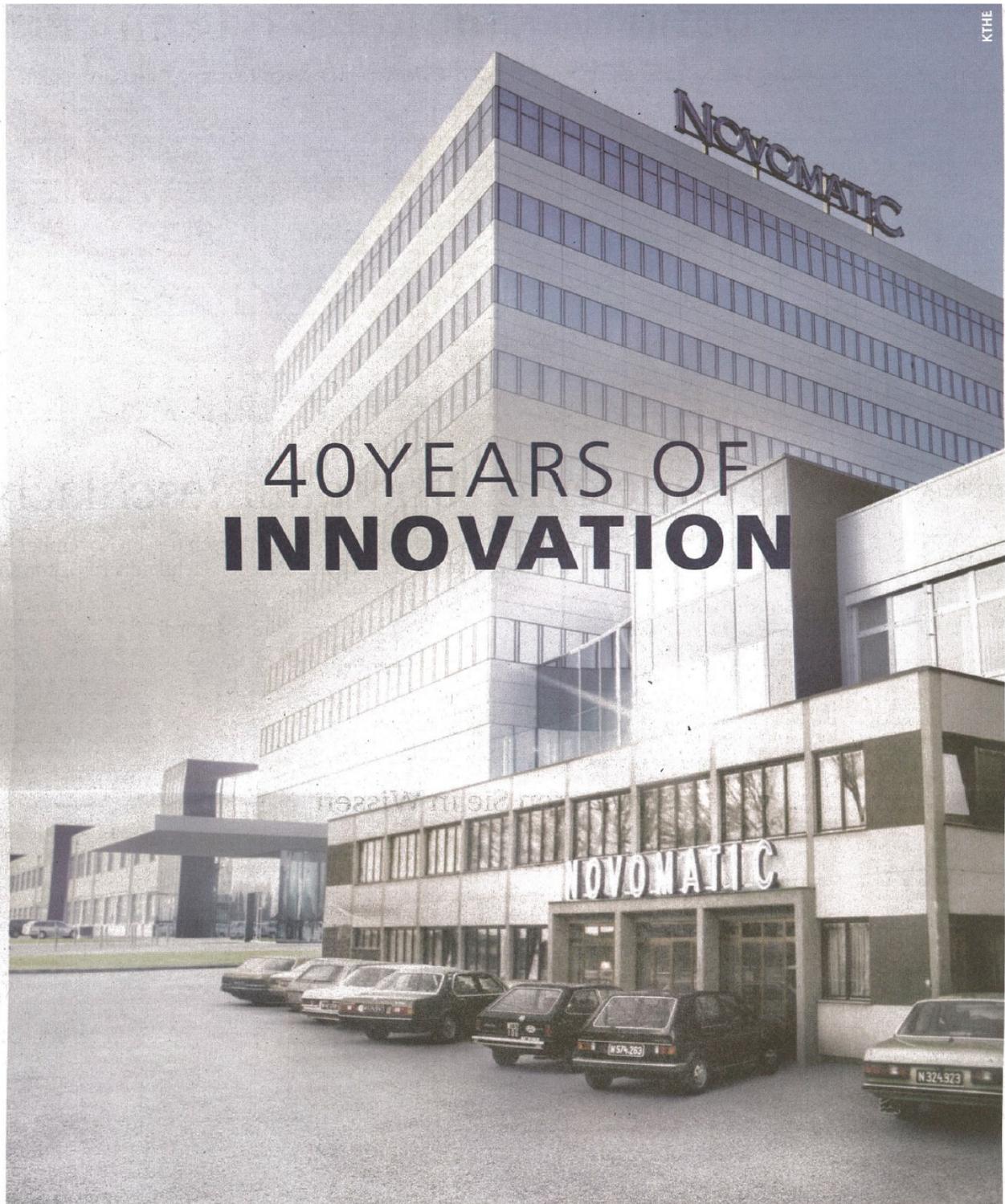
### **Süchtig nach Wetten**

In der Studie gaben 64 Prozent der Bevölkerung, fast ebenso viele der Stakeholder und mehr als die Hälfte der Wetten-Teilnehmer an, dass Sportwetten süchtig machen. Mehr als die Hälfte aller Gruppen gestand der Branche schwarze Schafe zu, 54 Prozent der Bevölkerung und auch der Stakeholder sah Sportwetten als reine Abzocke, aber nur 40 Prozent der Wett-Teilnehmer. Mehr als die Hälfte der aktiven Spieler sagten, dass Sportwettenanbieter wichtige Sportsponsoren seien. Das sahen 36 bzw. 44 Prozent aus den anderen Gruppen so.

Wettanbieter seien bei Sportwettenskandalen die Leidtragenden und nicht die Schlimmen, sagte Claus Retschitzegger, Präsident der Österreichischen Vereinigung für Wetten und Glücksspiel. Online-Sportwetten seien bisher nur in fünf Bundesländern - Vorarlberg, Salzburg, Tirol, Ober- und Niederösterreich - reguliert. Wesentlich sei, dass es hier harmonische Regeln brauche.

Der Umsatzrückgang wegen der Pandemie habe 80 Prozent betragen. Im Shutdown im Frühjahr sei das Geschäft eingebrochen, weil es keine Sportveranstaltungen mehr gegeben habe. "Heute sind wir bei 80 Prozent des Niveaus vor Covid-19", gab Irsigler an, wobei sich das Gewicht leicht zu Onlinewetten (von 40 auf 50 Prozent) verschoben habe.

„Die Presse“, 24.09.2020



1980 wurde in Gumpoldskirchen der Grundstein für vier erfolgreiche Jahrzehnte gelegt, in denen die NOVOMATIC-Gruppe zu einem der größten und innovativsten Gaming-Technologiekonzerne der Welt geworden ist, der mittlerweile rund 30.000 Mitarbeiter beschäftigt.

[www.novomatic.com](http://www.novomatic.com)

„APA“, 24.09.2020

## **Studie: Sportwetten sind wachsende Branche, leiden aber unter Image**

**Utl.: Aufpeppen des Sportunterhaltungsprogramms - Wettanbieter wünschen keine Vermischung mit Glücksspiel**

Linz (APA) - Sportwetten tragen rund 380 Mio. Euro jährlich zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei, haben aber in der Bevölkerung nicht das beste Image. Das ergaben - kurz zusammengefasst - eine Studie der JKU und des GAW (Gesellschaft für angewandte Wirtschaftsforschung) sowie eine Umfrage des market-Instituts. Es gelte nun, über Maßnahmen nachzudenken, wie Sportwetten in Zukunft positiver wahrgenommen werden, folgerte Jürgen Irsigler, Präsident des Österreichischen Sportwettenverbands.

Die Aktivitäten der Sportwettenbranche ergäben einen jährlichen BIP-Effekt von durchschnittlich 382,9 Mio. Euro, rechneten die GAW-Ökonomen Friedrich Schneider und Stefan Jenewein vor. Davon würden sich 40 Prozent auf die Branche und 60 Prozent auf andere Wirtschaftssektoren verteilen. Öffentliche Haushalte würden in Form von Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern in Höhe von 160,3 Mio. Euro jährlich profitieren, so die beiden Wissenschaftler am Donnerstag in einer Pressekonferenz der öö. Wirtschaftskammer in Linz. Die Sportwettenanbieter sicherten 3.164 Ganzjahresvollzeitarbeitsplätze quer durch alle Branchen. Dabei seien die Wetteinsätze in den vergangenen Jahren gestiegen, wobei die Effekte auch zeitverzögert einträfen und sich auch noch in späteren Jahren niederschlugen.

David Pfarrhofer vom market-Institut präsentierte eine Imageanalyse der Sportwettenbranche mit 1.000 Teilnehmern aus der Bevölkerung, 300 Teilnehmern an Sportwetten und 220 relevanten Stakeholdern aus den Branchen Medien, Sport, Politik und Verwaltung. Als großen Unterschied strich er heraus, dass 56 Prozent der aktiven Tipper angaben, dass Sportwetten das Zuschauen von Sportübertragungen einfach interessanter machen - gegenüber 22 Prozent der Bevölkerung und 30 Prozent der Stakeholder. Grundsätzlich wetten lediglich 3 Prozent der Bevölkerung auf Sportereignisse - durchschnittlich 22 Euro pro Einsatz -, allerdings verfolgen 28 Prozent solche im Fernsehen. Vor allem junge Männer sind am Thema interessiert, diese und Personen mit Migrationshintergrund fühlten sich darüber auch am besten informiert. Nun folgerte Pfarrhofer, dass den 28 Prozent Passivsportlern, die gern Sport im TV sehen, das Zuschauen mit Sportwetten noch schmackhafter gemacht werden könne. Es zeige sich, dass Sportwetten - dank der jungen Anhängerschaft - ein Zukunftsbereich seien, das Motiv seien Freude am Sport und das Aufpeppen des eigenen Sportunterhaltungsprogramms. Es brauche aber eine Korrektur beim Image. Das Problem sei, dass die Begriffe "Sportwetten", "Glücksspiel", "Legalität" und "Illegalität" zu sehr vermengt würden, erklärte Jürgen Irsigler, Präsident des Österreichischen Sportwettenverbands. Dabei sei die Integrität des Sports ein zentrales Thema.

In der Studie gaben 64 Prozent der Bevölkerung, fast ebenso viele der Stakeholder und mehr als die Hälfte der Wetten-Teilnehmer an, dass Sportwetten süchtig machen. Mehr als die Hälfte aller Gruppen gestand der Branche schwarze Schafe zu, 54 Prozent der Bevölkerung und auch der Stakeholder sah Sportwetten als reine Abzocke, aber nur 40 Prozent der Wett-Teilnehmer. Mehr als die Hälfte der aktiven Spieler sagten, dass Sportwettenanbieter wichtige Sportsponsoren seien. Das sahen 36 bzw. 44 Prozent aus den anderen Gruppen so.

Wettanbieter seien bei Sportwettenskandalen die Leidtragenden und nicht die Schlimmen, sagte Claus Retschitzegger, Präsident der Österreichischen Vereinigung für Wetten und Glücksspiel. Online-Sportwetten seien bisher nur in fünf Bundesländern - Vorarlberg, Salzburg, Tirol, Ober- und Niederösterreich - reguliert. Wesentlich sei, dass es hier harmonische Regeln brauche. Der Umsatzrückgang wegen der Pandemie habe 80 Prozent betragen. Im Shutdown im Frühjahr sei das Geschäft eingebrochen, weil es keine Sportveranstaltungen mehr gegeben habe. "Heute sind wir bei 80 Prozent des Niveaus vor Covid-19", gab Irsigler an, wobei sich das Gewicht leicht zu Onlinewetten (von 40 auf 50 Prozent) verschoben habe.

„Standard“, 22.09.2020

## Ermittlungen um FPÖ-Vereine eingestellt

Verdacht illegaler Parteispenden laut Staatsanwaltschaft nicht erhärtet – Auch Drogen-Causa von Gudenus Schnee von gestern

Wien – Heinz-Christian Strache, Johann Gudenus und andere ehemalige FPÖler haben eine Sorge weniger. Die Ermittlungen um Spenden an Vereine im Dunstkreis der Freiheitlichen sind eingestellt worden. Das bestätigte die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft Montagabend der APA. Auch der frühere Nationalratsabgeordnete Markus Tschank, der bei mehreren in Verdacht geratenen Vereinen Funktionen innehatte, wird in der Causa nicht mehr als Beschuldigter geführt.

Laut einer Benachrichtigung an die Rechtsvertreter der Betroffenen durch die WKStA besteht „kein tatsächlicher Grund zur weiteren Verfolgung“. Prahlereien im Ibiza-Video über das Schleusen der Gelder über parteinahe Vereine am Rechnungshof vorbei hatte die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft auf den Plan gerufen. Im Fokus der Ermittler standen die Vereine „Patria Austria“, „Austria in Motion“, „Wirtschaft für Österreich“ und das „Institut für Sicherheitspoli-

tik“. Die im Zuge der Ermittlungen aufgetauchten Verbindungen waren dabei durchaus aufschlussreich. So flossen etwa Gelder des Glücksspielkonzerns Novomatic an das Institut für Sicherheitspolitik. Andere Vereine erhielten wiederum Zuwendungen vom Waffenhersteller Steyr Arms oder vom geheimnisvollen Industrie-Clan Turnauer.

Spenden für diverse Vereine haben laut Ermittlern beispielsweise Gudenus und Strache gekeilt. Laut Zeugen gab Gudenus an, man unterstütze „Personen, denen es schlecht gehe“, sowie „österreichische Traditionen und Werte“. Die Ermittler sahen das anfänglich anders. Sie dachten, dass Austria in Motion genau wie Patria Austria, „Wirtschaft für Österreich“ und das „Institut für Sicherheitspolitik“ (ISP) in „Absprache mit Heinz-Christian Strache bzw. Johann Gudenus“ mit dem Vorsatz gegründet wurden, „finanzielle Zuwendungen für die FPÖ respektive Heinz-Christian Strache zu lukrieren“. All diese Vorwürfe wurden nun fallengelassen.

Im Gegensatz zur Causa Vereinsspenden werde in jener zur Postenbesetzung bei den Casinos Austria noch weiter ermittelt, hieß es vonseiten der WKStA. Auch dabei stehen unter anderem Ex-FPÖ-Obmann Strache und der einstige blaue Klubchef Gudenus im Visier der Ermittler, aber auch etwa Ex-Finanzminister Hartwig Löger von der ÖVP.

Die Vereins-Causa sahen die Ermittler aus nicht näher genannten Gründen hingegen nicht mehr verfolgenswert. „Hinsichtlich des Faktums 'Vereinsspenden' konnte der Nachweis einer strafbaren Handlung (...) nicht erbracht werden“, heißt es in der knappen Mitteilung an die Betroffenen.

Noch eine Verfahrenseinstellung wurde am Montag bekannt – sie betrifft neuerlich Gudenus. Die Drogenvorwürfe gegen den ehemaligen FPÖ-Spitzenpolitiker dürften nun endgültig „Schnee von gestern“ sein. Die Staatsanwaltschaft Wien hat nun auch das Verfahren wegen auf Visitenkarten gefundenen Kokain-Spuren eingestellt, berichtete die *Kronen Zeitung*. Demnach besteht „kein tatsächlicher Grund zur weiteren Verfolgung“.

Ermittelt hatte die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts des unerlaubten Umgangs mit Suchtgiften. Bei der im Zuge der Casinos-Affäre durchgeführten Hausdurchsuchung waren Spuren von Kokain auf Visitenkarten gefunden worden. (red, APA)



So ziemlich beste Ex-Freunde:  
Gudenus (links) und Strache.

Foto: APA/Herbert Pfarrhofer

„www.orf.at“, 21.09.2020

## **Ermittlungsstopp zu FPÖ-Vereinsspenden**

Als eine Folge der „Ibiza-Affäre“ haben die Ermittler sechs mutmaßliche FPÖ-nahe, fünf ÖVP-nahe und zwei SPÖ-nahe Vereine unter die Lupe genommen. Am Montagabend wurde nun bekannt, dass die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) die Ermittlungen zu verdeckten FPÖ-Parteispenden über Vereine einstellte.

Nicht mehr ermittelt wird gegen den ehemaligen Parteichef Heinz-Christian Strache, der im „Ibiza-Video“ mit Umgehungsstrukturen geprahlt hatte, gegen dessen einstigen Klubchef Johann Gudenus sowie den Ex-Nationalratsabgeordneten Markus Tschank.

Es bestehe „kein tatsächlicher Grund zur weiteren Verfolgung“, heißt es in einer der APA vorliegenden Benachrichtigung an die Rechtsvertreter der Betroffenen. Es wurde kein Grund genannt, warum die Vereinscausa nicht mehr verfolgenswert erscheint. „Hinsichtlich des Faktums ‚Vereinsspenden‘ konnte der Nachweis einer strafbaren Handlung (...) nicht erbracht werden“, wird die knappe Mitteilung an die Betroffenen formuliert.

### **Weiterhin Ermittlungen zu Casinos Austria**

Prahlerien im „Ibiza-Video“ über das Schleusen der Gelder über parteinahe Vereine am Rechnungshof vorbei hatte die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft auf den Plan gerufen. Im Fokus der Ermittler standen die Vereine „Patria Austria“, „Austria in Motion“, „Wirtschaft für Österreich“ und das „Institut für Sicherheitspolitik“.

Im Gegensatz zur Causa Vereinsspenden werde in jener zur Postenbesetzung bei den Casinos Austria aber noch weiter ermittelt, hieß es vonseiten der WKStA. Auch dabei stehen unter anderem Strache und Gudenus im Visier, aber auch etwa der ehemalige ÖVP-Finanzminister Hartwig Löger.

### **Spende über dritte Person**

Laut einem „profil“-Bericht von Ende August befassten sich die Ermittler zuletzt mit verdeckten Spenden eines Kärntner Unternehmers an den eben als FPÖ-nahe geltenden Verein „Austria in Motion“. Der Geschäftsmann soll 2018 Firmengelder in Höhe von 17.000 Euro an eine dritte Person übergeben haben, die die Spendenüberweisung dann von ihrem eigenen Konto vornahm.

Der Mittelsmann sagte demnach als Zeuge aus, der Geldgeber habe „geschäftlich in Wien Fuß fassen“ wollen „und sich Hilfe von der FPÖ erwartet“. Gegenüber dem Magazin erklärte der Kärntner Unternehmer, es habe für die Zahlung einen Gesellschafterbeschluss gegeben, er rechne mit einer raschen Einstellung des Verfahrens.

## **FPÖ, Strache und Gudenus sehen sich bestätigt**

Mit der Ermittlungseinstellung durch die WKStA sieht sich die FPÖ in ihrer Erwartungshaltung bestätigt: Für ihn sei die Einstellung des Verfahrens auch eine „politische Genugtuung“, wie Klubobmann Herbert Kickl am Dienstag in einer Pressekonferenz sagte. Kickl war zwar nicht als Beschuldigter geführt, wurde aber laut eigener Wahrnehmung nach Veröffentlichung des „Ibiza-Videos“ aus dem „Innenministerium entfernt“, da er als einstiger Generalsekretär seiner Partei an strafrechtlich relevanten Konstrukten hätte beteiligt sein können.

„Wir haben von Anfang an klargestellt, dass es hier nichts gibt, das man uns in irgendeiner Form vorwerfen kann.“ Er glaube, dass auch weitere Verfahren, die seine Partei betreffen, eingestellt werden – mit Ausnahme von Straches Spesencausa, bei der die Freiheitlichen ja als Opfer geführt würden.

Für Kickl hat die Verfahrenseinstellung auch gezeigt, was der noch laufende „Ibiza“-Untersuchungsausschuss des Nationalrats bereits festgestellt habe: dass es auf der strafrechtlichen Seite genauso aussehe wie auf der politischen. „Es hat sich alles aufgelöst, was gegen die Freiheitliche Partei hier vorgebracht wurde.“ Übrig blieben Spendenvorwürfe gegenüber der ÖVP, welche sich die Staatsanwaltschaft nun mit ihren frei gewordenen Kapazitäten anschauen könnte.

## **Schnedlitz: „Von Anfang an klar“**

„Für uns war von Anfang an klar, dass über diese Vereine keine Parteienfinanzierung stattgefunden hat. Wir freuen uns, dass nun auch die WKStA durch die Einstellung des Ermittlungsverfahrens das bestätigt hat“, so FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz.

Von all den betroffenen Vereinen („Austria in Motion - Verein zur Reform der politischen Kultur in Österreich“, „Wirtschaft für Österreich“, „Patria Austria - Verein zur Förderung des österreichischen Kultur- und Brauchtums“, „Wir für HC Strache - Parteiunabhängiges Personenkomitee“, „Reformen - Zukunft - Österreich Verein für politische Kultur in Österreich“, „Institut für Sicherheitspolitik - ISP“) wurden „keine Geldflüsse an die FPÖ getätigt“, so Schnedlitz in einer Aussendung.

Der FPÖ-Generalsekretär verwies auch darauf, dass FPÖ-Chef Norbert Hofer „bereits kurze Zeit nach dem Auftauchen der Vereine als Folge des Ibiza-Videos“ diese Vereine habe prüfen lassen und das Prüfergebnis auch „umgehend“ den Medien zur Verfügung gestellt habe. Gleichzeitig äußerte Schnedlitz die Hoffnung, dass im noch laufenden Ermittlungsverfahren zu Spesenvorwürfe gegen Strache die Behörden „rasch vorankommen“. „In diesem Verfahren ist die FPÖ als Geschädigte geführt. Wir freuen uns auf den Tag, an dem in dieser Causa die Anklage fertiggestellt ist, damit auch dieses Kapitel rasch abgeschlossen werden kann.“

## **„Platzen wie Seifenblasen“**

Auch Strache sieht sich bestätigt. Die Einstellung sei erfolgt, „wie ich dies auch stets prognostiziert habe“, erklärte er in einer Aussendung. „Außerdem belegt dies nun eindrucksvoll die in der 2. Republik beispiellose Hetzkampagne gegen meine Person und auch die medial befeuerten Vorverurteilungsmaschinerien – wie angeblich falscher Wohnsitz und Ibiza-Video – platzen wie Seifenblasen“, so Strache.

Er sei seit Erscheinen „des illegal produzierten Ibiza-Videos“ mit den „haltlosen Vorwürfen der illegalen Parteifinanzierung“ konfrontiert gewesen. Dabei habe er stets betont, „dass jegliche Spenden zu 100 Prozent rechtskonform abzuhandeln seien und auch keinerlei Gegenleistungen für etwaige Zuwendung erwartet werden können“. Kritik übte er an den Medien, gleichzeitig dankte er den Ermittlern.

## **„Vor Ibiza-Gangstern nur geprahlt“**

Gudenus begrüßte die Einstellung des Verfahrens gegen ihn in der Causa zu parteinahen Vereinen. „Ich freue mich, dass die Ermittler nach 15 Monaten das erkannt haben, was von Anfang an klar war: Spenden an Vereine und das Bitten um solche ist nicht illegal und schon gar nicht strafrechtlich relevant – auch nicht, wenn es um ein freiheitliches Umfeld geht“, sagte er in einer Stellungnahme gegenüber der APA. Für Gudenus ist damit noch etwas bewiesen: „Dass vor den Ibiza-Gangstern nur geprahlt wurde.“ Die im Video aufgezählten Großspender fänden sich gar nicht in den geprüften Vereinskonten wieder. „Möglicherweise wurde ja von Spenden an Vereine anderer Parteien gesprochen“, stellte Gudenus in den Raum.

## **Drogenverfahren gegen Gudenus eingestellt**

Ebenfalls eingestellt wurde nun das Verfahren der Staatsanwaltschaft Wien gegen Gudenus wegen auf Visitenkarten gefundenen Kokain-Spuren. Das berichtete die „Kronen Zeitung“ (Montag-Ausgabe). Die Drogenspuren waren im August vergangenen Jahres bei einer Hausdurchsuchung bei Gudenus im Zuge der Casinos-Affäre gefunden worden. Ein entsprechender Bescheid liegt auch der APA vor. Demnach besteht „kein tatsächlicher Grund zur weiteren Verfolgung“ – mehr dazu in [wien.ORF.at](https://www.orf.at). Es seien nun alle Ermittlungen wegen Drogendelikten eingestellt, so Gudenus.

Bereits zuvor war ein weiteres Verfahren gegen den ehemaligen FPÖ-Politiker wegen Verjährung eingestellt worden. Dieses stand in Zusammenhang mit Fotos, die im Vorfeld des „Ibiza-Videos“ aufgenommen worden waren und die Gudenus in einschlägiger Pose über ein Tischchen gebeugt zeigen. „Das ist Schnee von gestern“, hatte Gudenus die aufgetauchten Bilder kommentiert.

## **SPÖ: Untersuchung „politisch nicht zu Ende“**

Die mutmaßlichen verdeckten FPÖ-Parteispenden über Vereine werden den „Ibiza“-U-Ausschuss im Parlament auch nach der Einstellung der Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft beschäftigen. Man dürfe die strafrechtliche und die politische Verantwortung nicht vermischen, sagte SPÖ-Vizeklubchef Jörg Leichtfried.

„Auch wenn die Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft eingestellt wurde, ist sie politisch nicht zu Ende“, so Leichtfried am Rande einer Pressekonferenz. Außerdem deutete er an, dass die SPÖ Auskunftspersonen, die sich wegen der strafrechtlichen Ermittlungen im Ausschuss der Aussage entschlagen haben, nun neuerlich laden könnte. Leichtfried sagte, „dass manche, die sich entschlagen haben, sicherlich sehr interessante Zeugen sein werden, für die Zukunft“.

## **Krisper: Thema in U-Ausschuss nicht „nicht abgehakt“**

Das sieht auch die NEOS-Fraktionsführerin im U-Ausschuss, Stephanie Krisper, so: Das Thema sei „gar nicht abgehakt“, die Vereine seien weiterhin einer Beleuchtung würdig, sagte sie zur APA. Für sie wäre es etwa eine Option, den Ex-FPÖ-Abgeordneten und Anwalt Markus Tschank neuerlich in den U-Ausschuss zu zitieren.

An Tschanks Immobilienfirma Imbeco soll Geld vom parteinahen Institut für Sicherheitspolitik (ISP) geflossen sein, dessen Präsident er auch ist. Dieses wiederum soll über 200.000 Euro vom Glücksspielkonzern Novomatic erhalten haben und wurde vom Verteidigungsministerium seit 2017 jährlich mit 200.000 Euro bedacht. Strache und Gudenus waren an der Imbeco beteiligt, und auch der Wiener FPÖ-Chef Nepp war „stiller Teilhaber“. Die Imbeco hat das Geld mittlerweile an das ISP zurücküberwiesen, ebenso wie eine zweite Tschank-Firma (Pegasus).

## **Einstellungsbegründung gefordert**

Auch pochte Krisper auf die Veröffentlichung der Einstellungsbegründung und will das nun über eine Parlamentarische Anfrage einfordern. Überhaupt spricht sich NEOS für eine generelle Veröffentlichungspflicht bei „clamorösen“ Fällen aus, also Verfahren, die unter öffentlichem Interesse bzw. medialer Berichterstattung ablaufen. Viele „clamorose“ Verfahren liefen zwar mit einer Berichtspflicht, was zu Verzögerungen führe, wenn es allerdings zur Einstellung komme, würden die wenigsten dieser Entscheidungen auch veröffentlicht, kritisierte Krisper. Das sei eine „gehörige Schieflage“ in Sachen Transparenz.

„www.meinbezirk.at“, 21.09.2020

## LENA - der Lehrlingsnavigator erzielt 2. Rang



riz up GENIUS 2. Platz genial digital\_LENA: Alexandra Lindlbauer (Novomatic), Manfred Hager (LENA), LR Jochen Danninger Foto: Schelberger.at hochgeladen von Katharina Gollner

**Ein Projekt aus dem Bezirk St. Pölten beim riz up GENIUS 2020 ausgezeichnet: LENA - der Lehrlingsnavigator überzeugte mit einem 2. Platz, Yummi o mit einer Nominierung in der Kategorie „Genial digital“.**

ST. PÖLTEN (pa). Seit 19 Jahren sucht und prämiert der riz up GENIUS Ideen- und Gründerpreis die innovativsten und „genialsten“ Geschäftsideen in und für Niederösterreich. Wirtschaftslandesrat Jochen Danninger konnte gemeinsam mit SponsorenvertreterInnen erstmals die spannendsten Projekte auszeichnen: „Innovation ist ein entscheidender Wettbewerbsfaktor. Das Unternehmen in Niederösterreich braucht innovative Geschäftsideen und umsatzstarke Unternehmerinnen und Unternehmer. Ich wünsche allen Projekten viel Erfolg und freue mich, dass so viel Innovationsgeist in unserem Land vorhanden ist!“

### 2. Platz für Unternehmen aus St.Pölten

Der 2. Platz in der Kategorie „Genial digital“ ging an das Projekt rund um das Team von Manfred Hager: LENA – Der Lehrlingsnavigator aus dem Bezirk St.Pölten. Den richtigen Lehrling zu finden kann für Unternehmen schwierig sein, in der Nähe den passendsten Lehrberuf – aus über 200 – für einen Lehrstellen suchenden auch.

Weiters gab es eine Nominierung, ebenfalls in der Kategorie „Genial digital“, mit der Einreichung von Dominik Berger und Michael Neuhofer, myDigital-Marketing Solution: Yummio – Alles was Sie brauchen, um Ihr Restaurant online erfolgreich zu machen.

## Vier Kategorien

In insgesamt 4 Kategorien (Geniale Start-Ups, Geniale UnternehmerInnen, Geniale Forschung und Entwicklung, Genial digital) wurden die besten - von einer Experten-Jury nominierten - Geschäftsideen ausgezeichnet: Dabei konnte sich das Sieger-projekt pro Kategorie über 6.000.- Euro freuen, für den zweiten Platz gab es 4.000.-, für den dritten Platz je 2.000.- Euro.

### **Die Preisgelder wurden von folgenden Sponsoren zur Verfügung gestellt:**

Industriellenvereinigung Niederösterreich, Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien, Wirtschaftskammer Niederösterreich, ecoplus - Die Wirtschaftsagentur des Landes Niederösterreich, Land Niederösterreich, Flughafen Wien, Wiener Städtische Versicherung AG, Novomatic AG, EVN AG, RIZ-Förderverein NÖ-Süd sowie von riz up, Niederösterreichs Gründeragentur. Partner des riz up GENIUS ist die accent Inkubator GmbH.